



HESSISCHER LANDTAG

22. 04. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Dauerhafte Corona-Folgen für den Verkehr: Luftreinhaltepläne aktualisieren, Maßnahmen zu Verkehrsbeschränkungen lockern, Individualverkehr fördern, Pandemiepolitik unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass aufgrund erster Untersuchungen der AfD-Fraktion in Hessen durch die Corona-Pandemie keine Korrelation zwischen stark reduziertem Autoverkehr und Stickstoffdioxidwerten an Arbeitstagen in hessischen Ballungsräumen erkennbar ist.¹
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mittels einer umfassenden Studie durch das HLNUG prüfen zu lassen, wie sich die Stickstoffmonoxid-, Stickstoffdioxid- und Feinstaubbelastung aufgeschlüsselt nach Arbeitstagen und arbeitsfreien Tagen (Samstage, Sonntage und Feiertage) in hessischen Ballungsräumen gegenüber verschiedenen Referenzzeiträumen entwickelt haben. Ziel der Studie soll sein zu ermitteln, welche Auswirkungen der Individual- und Wirtschaftsverkehr auf die Immissionen wirklich hat.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die hessischen Luftreinhaltepläne umfassend entsprechend den Erkenntnissen dieser Studie fortzuschreiben.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die hessischen Kommunen einzuwirken, die luftreinhaltebedingten Maßnahmen der Verkehrsbeschränkungen (u.a. Fahrverbote, Tempo-30-Zonen, Verengungen der Fahrspuren, Ausbau von Fahrradwegen oder Busspuren) in den hessischen Ballungsräumen mit sofortiger Wirkung auszusetzen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass die Kommunen prüfen sollen, ob nach Vorliegen der HLNUG-Studie und ggf. fortgeschriebener Luftreinhaltepläne Maßnahmen der Verkehrsbeschränkungen (u.a. Fahrverbote, Tempo-30-Zonen, Verengung der Fahrspuren, Ausbau von Fahrradwegen oder Busspuren) dauerhaft zurückgenommen und in der Folge zurückgebaut werden können.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Konzept zur Verkehrsplanung vorzulegen, das das Automobil als sicheres Fortbewegungsmittel unter Pandemiebedingungen fördert. Entsprechende zusätzliche Investitionen in den Straßenbau und -sanierung sind notwendig, damit pandemiepolitische Zielsetzungen wirksamer erreicht werden können. Die Kosten für deren Umsetzung sind zu beziffern.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Infrastruktur- und Fahrgastabwicklungskonzept für den ÖPNV vorzulegen, das den nationalen pandemiepolitischen Zielen ausreichend Rechnung trägt und die Kosten für deren Umsetzung beziffert.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Infrastruktur- und Passagierabwicklungskonzept für den Frankfurter Flughafen vorzulegen, welches den nationalen und internationalen pandemiepolitischen Zielen ausreichend Rechnung trägt und die Kosten für deren Umsetzung beziffert.

¹ https://klaus-gagel.de/vergleich-der-nox-und-feinstaubwerte-in-hessen-an-6-repraesentativen-luftmessstationen-zur-bestimmung-von-corona-effekten?fbclid=IwAR0-DPvI8NNPU4wRUyd-yj9gH3B7DUQda7kemwFvHBpWXx5Oc2V32D_MwK4.

Der Antrag wurde zurückgezogen

Begründung:

Die Corona-Krise bringt neben weitreichenden Einschränkungen und Veränderungen des öffentlichen und privaten Lebens auch neue Erkenntnisse beim Thema Luftschadstoffe und deren Ursachen. Weil pandemienpolitische Maßnahmen für eine längere Dauer in Kraft bleiben werden, ist die Landesregierung gefordert, im Bereich Verkehr angepasste Konzepte vorzulegen und Erkenntnissen, die sich durch den unfreiwilligen Rückgang des Verkehrs ergeben, angemessen Rechnung zu tragen.

Wiesbaden, 22. April 2020

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe